

St. Vith'sche Volkszeitung

Gegründet 1866.

Kreisblatt für den
Kreis Malmédy

Generalanzeiger für
den Kreis Malmédy

Anzeigen
kosten die Zeilen
je nach dem Raum
angegeben aus dem
Malmédy 15 Pf. die
Reklame
50 Pf. die Zeile.
Druck: Hermann
Hofmann
Farnsprecher Nr. 11

Erscheint Mittwochs und
Samstags mit den Beilagen
„Erfolger“, „Sonntagsblätter“
u. „Auffahrt“. Sonntagsblätter
Bezugpreis 1,50 M., Druck
die Post 1,60 M. abwärts.
Abonnenten Druck u. Verlag
Hermann Hofmann
St. Vith (Sittel).

Nr. 9.

55. Jahrgang.

Samstag, 3. Ausgabe.

St. Vith, 1. Februar 1919

Amliches Ergebnis zur preussischen Nationalversammlung im Wahlkreis Köln-Machen.

Im Regierungsgebäude in Köln wurden am Dienstag
nachmittag die Abstimmungsergebnisse aus den Kreisen der
den Wahlkreis Köln-Machen umfassenden beiden Regierungs-
bezirke Köln und Machen zusammengefasst. Es wurden ab-
gegeben:

Zentrum (Christl. Volksp.)	547 940	(568 614)
Mehrheitssozialisten	228 049	(242 056)
Deutsche demokr. Partei	69 813	(72 917)
Deutsche Volksp.	30 760	(33 887)
Deutschnat. Volksp.	25 849	(30 303)

Die eingeklammerten Zahlen sind die Abstimmungsergeb-
nisse der Wahl zur deutschen Nationalversammlung. In
Prozenten ausgedr. gnet, haben die Parteien nach obiger Rei-
henfolge einen Stimmenabgang von 3,6, 7,9, 5,5, 9,2, 16,2
Prozent zu verzeichnen. Die Zentrumspartei hat sonach den
geringsten Abgang.

Der Wahlkreis hat insgesamt 19 Abgeordnete zu en-
senden. Auf Grund der obigen Stimmengahlen, und unter
Berücksichtigung der untereinander verbundenen Listen ver-
teilen sich diese 19 Sitze auf die Parteien wie folgt:

Zentrum (Christliche Volkspartei)	12 Abgeordnete
Mehrheitssozialisten	5 "
Deutsche Volkspartei	1 "
Deutsche Demokratische Partei	1 "
Zusammen	19 Abgeordnete

Gewählt sind also von der Zentrumspartei:

1. Oberpfarrer Petrus Kastert, Köln.
2. Gewerkschaftsführer Johann Bergmann, Köln.
3. Postverwalter Wilhelm Busch, Euchenheim.
4. Frau Geheimrat Dr. Lehberger, Berlin.
5. Universitätsprof. Dr. Albert Lauscher, Bonn.
6. Rektor Philipp Krug, Düren.
7. Landgerichtsrat Joseph Oppenhoff, Machen.
8. Genossenschaftsführer Thomas Esser, Euskirchen.
9. Studienrat J. Ruchhoff, Köln.
10. Hochschulprofessor Dr. Schmittmann, Köln.
11. Eisenbahn-Wagenmeister Merg, Köln.
12. Genossenschaftsführer Peter Harsch, Herzogenrath.

Von der Deutschen demokratischen Partei: Johannes
Schärer, Handlungsgehilfe, Köln.

Von der Deutschen Volkspartei: Prof. Dr. Paul Mol-
denhauer, Köln.

Von der Sozialdemokratie: Paul Runge, Parteisek-
retär, Köln, August Haas, Stadtverordneter, Köln, Fr. Hil-
degard Wegscheider-Biegler, Oberlehrerin, Bonn, Karl
Schudy, Bergmann, Kellersberg, Heinrich Schäfer, Pri-
vatangestellter, Köln.

Das Gesamtergebnis.

NZV. Berlin, 29. Jan. Das Endergebnis aus den
Wahlen zur preussischen Landesversammlung liegt nach nicht
amtlichen Meldungen nunmehr vor. Bedingt das Ergebnis
aus dem 8. Wahlkreis Posen mit 21 Mandaten steht noch
und konnte bisher nicht beschafft werden, da seit gestern
mittag jede Verbindung mit unserer Posener Agentur ge-
stört ist. (Siehe unten.) Von 401 Mandaten entfallen auf

die Mehrheitssozialisten	142 Mandate
das Zentrum (Christl. Volkspartei)	87 "
die Deutsche demokr. Partei	61 "
die Deutsche Volkspartei	18 "
die Unabhängige Partei	24 "
die Deutschnationale Volkspartei	41 "

Außerdem haben erhalten: die Schleswig-Holsteinischen
Bauern- und Landarbeiter-Demokraten im 14. Wahlkreise
Aurich-Stade-Osnabrück 2 und im 16. Wahlkreise Hannover-
Hildesheim-Elbe 4 Sitze.

Aus Posen liegt folgendes Ergebnis vor: Zentrum
33 640 (1 Abg.), Deutschnationale Volkspartei 110 502 (5),
Deutsche Volkspartei 54 883 (3), Demokraten 72 266 (3),
Mehrheitssozialisten 53 297 (2).

Diese letztere Aufstellung ist nicht vollständig, sie kann
also bei Beurteilung des Gesamtergebnisses nicht in Betracht
gezogen werden. Vermutlich wird sich die Zahl der Zen-
trumssitze im preussischen Volkshaus auf mindestens 88 be-
laufen.

Die Pariser Konferenz.

Die ersten Beschlüsse.

Paris, 26. Jan. Nach dem amtlichen Bericht über die
gestrige Vollziehung der Pariser Konferenz wurden dieser fol-
gende Beschlüsse vorgelegt:

Ueber den Völkerbund: Nach Einsicht der Vorschläge
für die Bildung eines Völkerbundes beschließt die Konferenz:
1. Es ist für die Ausführung des Völkerbundes, zu des-
sen Abschluss die vereinigten Mächte jetzt zusammengetreten
sind, notwendig einen Völkerbund zu gründen, um die ge-
meinschaftliche zwischenstaatliche Betätigung zu fördern und
die Erfüllung der übernommenen zwischenstaatlichen Verpflich-
tungen zu sichern sowie Bürgschaften gegen den
Krieg zu schaffen. 2. Dieser Bund ist als ein Bestandteil
des allgemeinen Friedensvertrags zu betrachten und muß für
jedem gesitteten Staat offen stehen, dem gegen-
über man vertrauen kann, daß er die Zwecke des Bundes för-
dern wird. 3. Die Mitglieder des Bundes sollen in regelmäßi-
gen Zwischenräumen zu einer internationalen Konferenz zu-
sammentreten; es ist eine ständige Einrichtung und eine stän-
dige Geschäftsstelle zu schaffen, um die Verhandlungen
des Bundes in den Zwischenräumen der Konferenzen fortzufüh-
ren. Die Konferenz setzt zu diesem Zweck einen Ausschuss von
Vertretern der vereinigten Regierungen ein, um die Einzelhei-
ten der Sitzungen und die Tätigkeit des Bundes auszuarbeiten.

Ueber die Verletzung der Kriegsgesetze: Ein Aus-
schuss, bestehend aus zwei Vertretern jeder der fünf Großmächte
und fünf Vertretern, die von den übrigen Mächten zu wählen
sind, wird eingesetzt, um eine Untersuchung über folgende Ge-
genstände anzustellen und darüber zu berichten: 1. Verant-
wortlichkeit der Missetäter des Krieges. 2. Tatsachen über
Verletzung der Gesetze und Brüche des Krieges, die durch die
bewaffnete Macht des Deutschen Reiches und seiner Verbünde-
ten zu Lande, zu Wasser und in der Luft während dieses Krie-
ges begangen worden sind. 3. Das Maß der Verantwortlichkeit
für diese Verletzungen, die einzelnen Mitgliedern der feind-
lichen Streitkräfte zuzuschreiben sind, einschließlich der Mit-
glieder der Generalstabe und anderer Persönlichkeiten, wie hoch
sie auch gestellt sein mögen. 4. Einsetzung und Verfahren eines
Gerichtshofes, der in der Lage sein soll, über diese Verletzungen
ein Urteil zu fällen. 5. Sämtliche hiermit zusammenhängenden
Angelegenheiten, die sich aus dem Laufe der Untersuchung er-
geben können und worüber der Ausschuss eine nähere Prüfung
für notwendig erachtet.

Ueber den Schadenersatz: Es soll ein Ausschuss von
nicht mehr als drei Vertretern jeder der fünf Großmächte und
nicht mehr als zwei Vertretern Belgiens, Griechenlands, Po-
lens, Rumaniens und Serbiens eingesetzt werden, um über
folgende Gegenstände eine Untersuchung anzustellen und darü-
ber zu berichten: 1. Ueber den Umfang des Schadenersatzes, der
den feindlichen Ländern aufzuerlegen ist. 2. Ueber den Betrag,
den zu zahlen sie imstande sind. 3. Ueber Verfahren, Form und
Zeitpunkt der Leistung.

Ueber internationale Gesetze für Industrie-
und Arbeitsfragen: Ein Ausschuss, bestehend aus zwei
Vertretern jeder der fünf Großmächte und fünf von den andern
auf der Konferenz vertretenen Mächten, wird eingesetzt, um
eine Untersuchung über die Lage der Arbeitsgesetzgebung, und
zwar vom internationalen Standpunkt aus anzustellen. Dabei
sind die internationalen Mittel zu erwägen, die sich als not-
wendig erweisen können, um ein gemeinschaftliches Verfahren
in Angelegenheiten zu sichern, die die Lage der Arbeitsgesetz-
gebung betreffen sowie die Gestaltung einer ständigen Körper-
schaft, die diese Untersuchung im Einberufen und unter der
Leitung des Völkerbundes fortzuführen hat.

Ueber Häfen, Wasserstraßen usw.: Ein Ausschuss
aus zwei Vertretern jeder der fünf Großmächte und fünf von
den übrigen Mächten zu bezeichnenden Vertretern wird einge-
setzt, um eine Untersuchung über die internationale Verwaltung
von Häfen, Wasserstraßen und Eisenbahnen anzustellen und da-
rüber zu berichten.

Wie General v. Lettow-Vorbeck sich ergab.

Der Daily Telegraph bringt, wie die R. Ztg. mitteilt,
einen Bericht über die Uebergabe v. Lettow-Vorbecks, des tap-
feren deutschen Führers, der trotz ungeheurer Schwierigkeiten
in Ostafrika während des ganzen Krieges einen ritterlich küh-
nen Kampf geführt hat. Nachdem der Waffenstillstand unter-
zeichnet worden war, wurde eine amtliche Mitteilung der Un-
terzeichnung v. Lettow zugestellt, der damals in Rhodesien ein-
gebrochen war, Rafama, einen wichtigen Ort in Nordost-Rhodesien,
besetzt hatte und mit einem Teil seiner Kräfte in der Rich-
tung nach Broken Hill am belgischen Kongo marschierte. Let-
tow erhielt die Kunde des Waffenstillstands am 12. November

und handelte sofort den Umständen gemäß. Der Rhodesian
General beschreibt die Szene, da v. Lettow sich endlich dem Ge-
neral Edwards ergab, der als Vertreter des Generals van De-
venter entsandt worden war. Er schreibt: „Es war bestimmt,
daß die Kings African Rifles am 24. in Abercorn einmarschie-
ren sollten, und daß die gesamte deutsche Streitmacht in ein-
zelnen Abteilungen am folgenden Tage eintreffen sollte. Eine
Fahne war auf einem freien Platz gegenüber dem Regierungs-
gebäude aufgezogen, und am Mittag des 25. Novembers nahm
General Edwards förmlich die Uebergabe-Erklärung. General
und seiner Truppen entgegen. Lettow, dessen fesselnde Erschei-
nung einen guten Begriff von seiner wunderbaren Persönlich-
keit gibt, kam an der Spitze einer Abteilung, die aus einigen
Europäern bestand, dicht gefolgt von etwa 400 Askari mit ih-
ren Maschinengewehren, Trägern und Weibern. Nachdem sich
diese Truppen schnell in drei enggeschlossene Linien formiert
hatten, trat Lettow einige Schritte vor, grüßte die Fahne, holte
ein Taschentuch hervor und verlas daraus in deutscher Sprache
die Erklärung der Uebergabe. Er wiederholte sie auf Englisch.
General Edwards antwortete, indem er die Uebergabe im Na-
men S. M. des Königs Georg V. annahm. Lettow wurde dem
englischen Offizieren vorgestellt und stellte dann seine Offiziere
vor, von denen Major Kraut und die Leutnants Kempner und
Spangenberg zu nennen sind. Der frühere Gouverneur Schnee
war ebenfalls anwesend. Dann folgte der dramatische Augen-
blick des Vorgangs, indem Lettow seinen Truppen befahl, ihre
Waffen niederzulegen, nur die Europäer durften in Anlehn-
ung ihrer glänzenden Tapferkeit ihre Waffen behalten. Die
Askari legten ihre Büchsen nieder und wurden dann truppweise
in das Internierungslager geführt, das man in einer Meile
Entfernung eingerichtet hatte. Die deutsche Streitmacht zählte
insgesamt 135 Europäer, darunter 30 Offiziere, und 4277
Eingeborene. Starker Regen ging während eines Teils der
Verhandlungen nieder, aber das störte keinen außer den Pho-
tographen. Es war ein höchst eindrucksvolles und denkwür-
diges Schauspiel. Der lange, buntschichtige Zug, Europäer und
Askari, alle Veteranen von hundert Kämpfen, die Askari mit
jeder Art von Kopfschmerz, Frauen, die durch alle die jahrelangen
Mühsale ihren Männern gefolgt waren, mit schweren Bündeln,
einige mit Kindern, die sie während des Feldzuges geboren,
Träger, die singend und in offener Freude anlangten, daß
nun die Strapazen zu Ende seien — alles vereinigte sich zu
einem einzigartigen Bild. Es ist zu hoffen, daß internationale
Kriege in Afrika nunmehr ein Ding der Vergangenheit sind,
aber sollten sie jemals in Zukunft wieder entbrennen, so wer-
den die Bedingungen ganz verschieden und wird eine so roman-
tische Laufbahn, wie die von Lettow-Vorbeck und seiner Ge-
treuen, unmöglich sein. Angeblich will dieser Soldat ein Buch
über den Feldzug schreiben. Wenn er dies tut, wird er uns si-
cher eine interessante und spannende Lektüre bieten.“

Zur 100 im Reich

Warum bekommen wir keine Seefische?

Berlin, 29. Jan. Der Reichskommissar für die Fischver-
sorgung hat einem Mitarbeiter der Vossischen Zeitung aussein-
andergesetzt, weshalb unsere Versorgung mit Seefischen trotz
reichlicher Bestände so jämmerlich bleibt. Die Gründe
sind folgende: Man hat eine Reihe von Fahrzeugen, die früher
im Dienst der Marine standen, für die Hochseefischerei freige-
macht. Aber anstatt mit den Dampfern zu fischen, ist ein
Teil der Matrosen auf den Fahrzeugen und
macht Sozialisierungsexperimente. Die Fort-
schaffung der Minen, die eine Vorbedingung der Hochseefische-
rei ist, ist deshalb unmöglich, weil die Lohnforderungen der Be-
satzung der Minenfahrzeuge bis zu 100 Mark für Mann und
Tag gestiegen sind, abgesehen von der Lebensversicherung. Wenn
sich nun auch an der Küste die Fischerei etwas gehoben hat, so
steht man sich über die Ablieferungspflicht kaltblütig hinweg.
Die A.-S.-R. machen mit den Fischen, was ihnen
beliebt. Auch ein Teil der Besatzung unserer Fischdampfer
stellt unsinnige Lohnforderungen. Das Durch-
schnittsgehalt eines Mannes der Besatzung, die am Bruttoge-
winn beteiligt ist, berechnet sich nach diesen Forderungen im
Monat auf 1200 Mark, wozu noch freie Beköstigung und Woh-
nung kommt. Eine Sozialisierung der Hochseefischerei wäre
wirtschaftlich undurchführbar. Einmal kommt alles auf die
individuelle Tätigkeit an, zum andern fehlen in der Hochsee-
fischerei die großen Unternehmungen.

Gegen das neue Gemeindevahlrecht.

Berlin, 29. Jan. Ähnlich wie die rheinisch-westfäl-
ischen Zentrumspolitiker, hat auch der Oberpräsident von
Malsahn in Berlin-Grünwald in der Kreuzzeitung und

anderen konserverartigen Mätern einen Einspruch gegen die Aenderung des Gemeindevahlrechts, veröffentlicht. — In einer juristischen Betrachtung sagt heute die „Vossische Zeitung“, auch über der Revolution das Recht gebe, anzunehmen, daß die Volksvertretung nach neuen Grundgesetzen gewählt werden sollte, müsse doch den Satz aufrechterhalten, daß die einzelstaatliche Gesetzgebung Sache der Volksvertretung sei. Es sei ein Widerspruch in sich selbst, wenn man eine Volksvertretung einberufe und ihr die wichtigsten Aufgaben auf dem Verordnungswege wegnehme.

Frankfurt, 28. Jan. Die hiesige Stadtverordnetenversammlung nahm nach einer lebhaften Aussprache mit allen gegen die sozialistischen Stimmen folgenden Antrag an: Die Stadtverordnetenversammlung erhebt nachdrücklichen Einspruch gegen die Neuordnung der Gemeindevahlgesetzgebung vor Einberufung und ohne Mitwirkung der preussischen Landesversammlung. Sie ersucht den Magistrat, Schritte zur gemeinsamen Stellungnahme der preussischen Städte gegen die Durchführung der von der preussischen Regierung erlassenen Wahlordnung schleunigst zu ergreifen.

Ein Aufruf zur Abwehr der Gefahr im Osten.

Berlin, 28. Jan. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, gez. Cohen, und der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Berlin, Koste, erlassen folgenden Aufruf an alle deutschen Männer:

Von Tag zu Tag nimmt die unserer Heimat vom Osten drohende furchtbare Gefahr zu. Russen, Polen und Tschechen greifen nach deutschem Besitz. Schon stehen die Armeen der Bolschewiken vor den Toren Ostpreußens und die Polen weit in altdeutschem Gebiet. Auch im Innern unseres Staatskörpers macht die bolschewistische Bewegung weitere Fortschritte. Ungeachtet des namenlosen Elends, das der Bolschewismus über das russische Volk heraufbeschworen hat, bereiten gewissenlose Elemente von neuem den blutigen Kampf gegen die Regierung und gegen die kommende Nationalversammlung vor. Wehe euch, wenn es einer terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen! Statt der verheißenen Freiheit wird, wie in Rußland, Hunger, Knechtschaft, Ermordung und Rechtlosigkeit das Los unseres Volkes sein. Wehe euch, wenn Heere fremder Völker über die östlichen Grenzen hereinbrechen! Euch allen, die ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat heldenhaft geschützt habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf. Helft auch jetzt mit, die bitterste Not abzuwenden, meldet euch bei den freiwilligen Verbänden, die die Regierung zum Schutze der Grenzen und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hat.

Der Aufruf schließt:

Pflicht aller Behörden und Privatunternehmungen ist es, die Werbung mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie müssen im Interesse der großen Sache dafür sorgen, daß die sich freiwillig Meldenden keinen Schaden für ihre dienstliche, geschäftliche und wissenschaftliche Zukunft erleiden. Als Meldungsorte für den Eintritt in den Grenzschutz Ost werden für die Provinzen angegeben die von den Generalkommandos dort aufgestellten Freiwilligenverbände und die Bezirkskommandos.

Die Vorgänge in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 28. Jan. Die Lage in Wilhelmshaven war auch gestern Abend völlig ungeklärt. Wahrscheinlich durch Abgesandte der Bremer Kommunisten ist in Wilhelmshaven der Streik hervorgerufen worden, der gestern in der Nacht zu heißen Kämpfen führte. In Wilhelmshaven dürfte die Zahl der Kommunisten etwa 2000 Mann betragen.

Der Zukunftsstaat.

Von Dr. M. Ludwig.

(Nachdruck verboten.)

Eine Zeit ungeheurer Umwälzungen, wie unsere Gegenwart es ist, ruft naturgemäß eine ganze Anzahl von solchen auf den Plan, die auf ihre besondere Art eine Erneuerung des menschlichen Gemeinschaftslebens anstreben, die verschiedensten Vorschläge und geistigen Strömungen machen sich bemerkbar, und neben denen, die wirklich nicht nur praktisch Wichtiges zu sagen haben, sondern es auch durchzuführen verstehen, finden sich eine große Anzahl von Utopisten, das heißt solchen, die beim besten Willen doch nicht imstande sind, die Triebfedern des sozialen Lebens richtig zu taxieren, und die sich einen Phantasiestaat konstruieren, der vielleicht ganz geistreich ersonnen ist, der aber zerbrechen mußte, sobald man den Versuch machte, ihn in die Wirklichkeit umzusetzen. Utopisten hat es seit alter Zeit gegeben, und der erste, der eine Schrift über den Idealsstaat, so wie er sein müßte, verfaßt hat, war der griechische Philosoph Plato, der genau ausmalte, wie dieser „Zukunftsstaat“ eingerichtet sein müßte. Sehr häufig haben sich die Verfasser von Utopien nicht damit zufrieden gegeben, einfache Programme aufzustellen, sie brachten vielmehr nicht selten ihre Ideen in die Form eines Romanes und ließen diesen nun in einem erfundenen Land oder Staat spielen, der genau so eingerichtet war, wie es nach ihrer Ueberzeugung sein müßte. Im Verlauf ihrer Dichtung hatten sie dann Gelegenheit, vor dem Leser ein genaues Bild aller Verhältnisse im Idealsstaat zu entrollen. Aus der neuesten Zeit kennt ja wohl jedermann den berühmten „Rückblick aus dem Jahre 2000“ Eduard Bellamy's oder Manegazzas „Das Jahr 3000“ Romane, in denen, wie in des Ungarn Theodor Herzl's Schrift „Freiland“, das sozialistische Zukunftsideal in eingehender Darlegung geschildert wird. Manche besonders der älteren Schriftsteller dieser Art verlegen ihren Staat in ein Gebiet, das sie erst erfinden und mit einem erfundenen Namen versehen, der dann programmatische Bedeutung erhält. Das ist vor allem der Fall mit des Thomas Morris berühmtem, 1816 erschienenen Roman „Utopia“, der ja der ganzen Literaturgattung den Namen gab. Morris, der Lordkanzler Heinrich VIII. von England, läßt einen Begleiter des Amerigo Vesputius bei einer Weltreise auf die Insel Utopia kommen und dort ein glückliches Volk von Ackerbauern finden, in deren 54 Städtepublikan man ohne Geld und doch besser lebt als irgendwo in der Welt. Utopia wäre vielleicht für alle Zeiten das Ideal geblieben, wenn nicht fast genau ein Jahrhundert später (1620) auf der Insel Lagorane

tragen. Auf der rechten Seite stehen die sogenannten Berufs-soldaten, welche Mehrheitssozialisten sein dürften. In der Mitte steht Präsident Kuhn als Unabhängiger und hinter ihm die aktiven Marine-soldaten. Von einem Schiff aus ist auf die Dampfer-Mann-Kaserne geschossen worden. Ferner wird berichtet, daß von den Kommunisten zuerst 40 000, später eine Million Mark von der Reichsbank abgehoben worden seien. Die Berufs-soldaten hätten die Herausgabe des Geldes verlangt, und aus diesem Anlaß soll es zu dem Kampf gekommen sein. Spät am Abend ist aus Oldenburg eine Abordnung des ostenburgischen Soldatenrats und eine solche aus Bremen nach Wilhelmshaven abgegangen, um eine Schlichtung des Kampfes herbeizuführen. Die Eisenbahn geht immer noch noch bis Jagenberg. Die Eisenbahner, die gestern streikten, um dem Aufstand entgegenzutreten, stehen heute wieder im Streik, da sie eine Lohnerhöhung verlangen.

Zur Kohlennot.

Berlin, 28. Jan. Der Reichskohlenkommissar, Geheimrat Stug, sagte heute in einer Besprechung über den Stand der Kohlenfrage Vertretern der Presse gegenüber:

Die gegenwärtige Kohlenförderung im Ruhrgebiet beträgt zwischen 9000 und 10 000 Tonnen gegen 34 000 im Frieden und 24 000 während des Krieges. Angefordert wurden zum Abtransport vorgelesen z. B. 2100 Wagen, gestellt wurden nur 1000 — die anderen 1100 fehlten. Im Januar 1918 verfügte das Ruhrgebiet über eine Kohlenreserve von drei Millionen Tonnen, gegenwärtig über nichts. In Oberschlesien beträgt die tägliche Förderung 2000 Waggons gegen 14 000 im Frieden und 11 000 im Kriege. Auch da ist die Wagenbereitstellung nicht ganz hinreichend; die Reserven sind sehr gering, im ganzen 128 000 Tonnen. Das Lausitzer und Hallenser Gebiet kommt mit seiner geringen Förderung nicht wesentlich in Frage.

Die Eisenbahnen sind mit Kohlen sehr schlecht versorgt. Die Direktionsbezirke östlich der Elbe verfügen noch durchschnittlich über Kohlen für neun Tage. (Einzeln Bezirke über noch weniger, so Danzig für vier Tage.) Der Direktionsbezirk Berlin steht mit Kohlen für zehn Tage noch verhältnismäßig günstig da.

Genaugungünstig ist die Versorgung der Elektrizitätswerke im ganzen Reich. Eine große Reihe von Ueberlandzentralen steht überhaupt still.

Nicht viel besser ist es mit den Gasanstalten bestellt. Süddeutschland ist noch verhältnismäßig gut daran. In Norddeutschland sind viele Städte gezwungen, die Gasabgaben auf wenige Stunden am Tage zu beschränken, in einzelnen Fällen sogar auf nur zwei Stunden. Gemessen an den Verhältnissen im Reich steht Berlin noch verhältnismäßig günstig da.

Der Hausbrand ist noch leidlich. Die Elektrizitätswerke haben durchschnittlich noch für 13 Tage Kohlen. — Auch die Industrie in Berlin hat vielfach ungenutzte Kohle, die nur leider für die Elektrizitätswerke nicht gebraucht werden kann, weil sie schon zu alt ist. Die Gasanstalten in Berlin sind durchschnittlich noch für zehn Tage versorgt. Von einer Aufhebung der Einschränkungen für die Verbraucher von Gas und Elektrizität kann in absehbarer Zeit nicht die Rede sein. Allerdings sind auch Verschärfungen vorläufig noch nicht in Aussicht genommen. Wenn durch die Bereitstellung der angeforderten Lokomotiven aus dem Ruhrgebiet mehr Kohle nach Berlin gebracht werden kann als bisher, und wenn sich die Verhältnisse in Schlesien etwas bessern — aber das müßte auch sehr bald der Fall sein —, dann wird man mit den bisherigen Sparmaßnahmen in Berlin das Auslangen finden können. Die Industrie einzuschränken oder gar lahmzulegen,

dazu liegt heute eine Notwendigkeit noch nicht vor. Die Mahnahme ist von der Kohlenstelle Groß-Berlin für den eventuellen Fall, daß es zum Uberschmelzen kommen sollte, vorgeschlagen worden, war aber noch nicht Gegenstand ernstlicher Erwägungen. Freilich, wenn sich die Lage nicht bald bessert, wird man Mitte Februar vielleicht auch in Berlin gezwungen sein, ebenso wie im Reich, einzelne Industriebetriebe stillzulegen. Es hängt alles von den Maßnahmen ab, die die Regierung in den aller nächsten Tagen treffen wird, um uns vor der Kohlenkatastrophe zu bewahren.

Um unsere Kolonien.

Hamburg, 28. Jan. Der Welt Pariser wiederholt die vor einigen Tagen von anderer Seite geäußerte Meinung, daß die deutschen Kolonien im Stillen Ozean, für die es mehrere Bewerber gebe, neutralisiert werden dürften. Der Riemer Rotterdamse Courant wird aus London gemeldet, Präsident Wilson stehe auf dem Standpunkt, daß die Kolonien grundsätzlich in das Gebiet des Völkerbundes gehören sollten, der, wenn es auf andere Weise nicht möglich sein sollte, sie zu verwalten, diese Aufgabe den Mächten im einzelnen zu übertragen habe. Das Reutersche Bureau hebt hervor, daß die Behauptung, wonach der Völkerbund die Entscheidung über die Kolonien erhalte, keineswegs bedeute, daß von einer Zurückgabe an Deutschland die Rede sein könne. Die Frage sei schon entschieden; indes bliebe dem Völkerbund überlassen, die Einzelheiten über die künftigen Besitzverhältnisse festzustellen. Der politische Mitarbeiter des Daily Chronicle hält eine Neutralisierung für höchst unwahrscheinlich, da die Erfahrung gezeigt habe, daß ein internationales Verhältnis selbst für ein kleines Gebiet von zweifelhaftem Wert sei und zur Verwirrung führe. Wahrscheinlicher sei, daß die Kolonien zum Teil als Objekte behandelt würden, welche die Erfüllung der Lebensbedingungen durch Deutschland zu gewährleisten hätten. Eine Rückgabe der Südpazifik-Inseln wäre eine Geringschätzung der von Australien gebrachten großen Opfer.

Eine Warnung vor wilder Sozialisierung.

Essen, 28. Jan. (R.V.) In einer Konferenz über die Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaues im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erklärte der Reichskommissar Hue, die Sozialisierung könne nur von einer allgemeinen Volksvertretung auf legalem Wege durchgeführt werden. Vor einer wilden Sozialisierung müsse gewarnt werden. Die Sozialisierung lasse sich auch nicht von heute auf morgen durchführen. Man müsse auch zunächst die Verhandlungen mit dem Verband abwarten. Die Bekehrten sollten nicht die Leitung der Betriebe übernehmen, sondern sich mit einer Kontrolle begnügen. Vor allem hätten die Bekehrten die Pflicht, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß die Sozialisierung nicht Lohnerhöhung und längere Arbeitszeit bedeute, sondern daß die Sozialisierung vorübergehend sogar eine Verschlechterung der Arbeitsbedingung bringe, da man auf einen Abbau der Löhne hinarbeiten müsse.

Die deutschen Handelschiffe.

Hamburg, 27. Jan. Die Vertreter der deutschen Reedereien haben in Berlin mit der Reichsregierung beraten, um zu versuchen, daß die Ausführung des Waffenstillstandsabkommens über die Auslieferung der deutschen Handelschiffe geändert oder gemildert werde. Eine Veränderung der getroffenen Bestimmung hat sich jedoch nicht erreichen lassen. Die Schiffe werden bis Mitte Februar abgeliefert werden, und zwar unter deutscher Besatzung. Ob diese indes ganz oder teilweise auf den Schiffen verbleiben wird, hängt

vorgeschrieben. Man erhebt sich im ganzen Staat gleichzeitig, und in Utopia kündigt ein Trompetenschlag den Augenblick an, in dem sich jeder gute Bürger zu Tische setzt. Im „Königreich Ophir“, das oben erwähnt wurde, gibt es Religionen, Armen, Waisen- und Heilighäuser, und dazu einen König, der förmlich von Tugenden und Weisheit trieft. Das Buchhaus spielt in diesem Idealsstaat eine große Rolle, und wer z. B. sein Essen über Religion disputiert, kommt auf einen Monat, wer den Sonntag entheiligt, ein ganzes Jahr hinein. Bezüglich der Ehe stellen alle Utopisten genaue Vorschriften auf, selbst im Sonnenstaat werden die Paare, trotzdem es eigentlich keine Ehe gibt, so wenig wie eine Privatwohnung oder eigene Kinder, von Steuereutern zusammengeführt, welche erst die glückliche Stunde für das junge Paar bestimmen, und anderwärts ist das Heiratsalter genau geregelt. Scheidung ist gewöhnlich sehr erschwert, und Ehebruch wird streng bestraft, in Utopia mit schlimmster Sklaverei — die dort überhaupt ein bestes Strafmittel ist —, und im Wiederholungsfall mit dem Tode. Nur Morelly stellt es jedem frei, sich nach zehnjähriger Ehe scheiden zu lassen und sich wieder neu zu verheiraten.

Zimmer wieder finden wir bei den Utopisten das Bestreben, den Menschen das Dasein zu verschönern. Der Staat, den sie sich ausmalen, ist mit seiner allgemeinen Absehung ja schließlich doch ein höchst langweiliger Aufenthaltsort. Deshalb wird wenigstens in der „außerirdischen“ Zeit dafür gesorgt, daß man sich zerspreizt, überall wird für Bildung, Bekleidung u. dgl. gesorgt, Musik spielt eine nicht geringe Rolle, der Franzose La Fontaine läßt bei seinem Idealvolk der Saaramer sogar von Staats wegen Bälle für die heiratfähige Jugend einrichten, und merkwürdigerweise gehören auch die Parfüms zu den Wohlthaten, mit denen der Staat seine Bürger beglückt. Für Carls Bewohner Mariens ist das Parfüm eine Notwendigkeit. Dieser französische Utopist, dessen Roman „Bonage en Carie“ 1842 erschien, ist überhaupt am entgegenkommendsten, und seine Bürger können ganz besonders zufrieden sein. Sie haben in der Hauptstadt 60 000 Pferde zum Spazierenreiten — natürlich alles gratis —, und auch schon lenkbare Luftschiffe und Unterseeboote, sie erhalten die herrlichsten Kleider, ihre Straßen sind staubfrei, und die Hunde Mariens beißen nicht. Fourier zwang sogar nicht, daß die allgemeine Glückseligkeit dazu führen wird, daß die Menschen schließlich 3 Meter groß werden, und Godwin verheißt ihnen allen Eines die Unsterblichkeit, wenn sie nur ganz im Sinne dessen leben, was der Zukunftsstaat ihnen bringt.

von den Befehlshabern, auch

Die

Ordnung war die sich in ihr der Antrag 4. ordneten einzogt haben für 1919/20 wurde von Schmidtgen n gestörten Verge erlernte e die bisherige hndert werde ohnmächtig, retten!

Som deut der Reichsrei

800 000

größten G brängt, ausge

Der Pole

Grundzüge. G

Abertreffen, w

Guts- und Ba

ger in den St

werden in die

gangsweite e

um dem zu er

und Kind in

der Unmensche

den Bahnhöfen

Wissen und i

von den Polen

Die Großf

Deutsche L

Deutschen

Klaues des ro

Freiwillig

Melbet Euch b

Bisa und Glo

Die

Bern, 27.

Telegraph sch

Heinland

bedigt seien,

leistungsfähig

zahl, die diese

los eine Ru

aber die große

die bringende

gen und Intere

langen.

Am Herd

ordnet ein Erla

gefangene vorlä

schäftig

London,

den Völkern

den Staaten M

Lord Robert G

Bourgeois und

für Japan Vico

II. Gen f

einer Habasmell

Völker vor G

zur Erfüllung i

Hauptache an b

sondern auch ge

Schwehen und

nahme fremden

II. Haag

rika nicht zu be

hoffen, daß d

Herabsinken e n

Käftigung im

IVZ Lon

Kriegsamt. I

en, würde minde

in Anspruch neh

hand an Freiwil

öhnung erhöht

geht dienen, in

versetzt werden,

Wiedereintritt i

Wir offenbar vo

pflichtarme

vergleichsweise

die erforderlich

Britischen Reich

Die Entwü

zielen darauf ab

treffen. Sie wol

auf jedem R

kräfte für d

der Früchte u

damit die Deutse

gewissenhaft und

senfälligkeit, so

seinem Abschluß

instande sein, u

unseren Wert

uns abhängig, zu

daß, wenn auch

zu übernehmen, i

mehr als sein

Die Maß-
für den eventuel-
nen sollte, vorge-
staut ernstlicher
nicht bald be-
Berlin gezwungen
Zukunft ehe-
von den Maßnah-
ten Tagen treffen
he zu bewahren.

wiederholt die vor-
Meinung, daß die
gan, für die es
werden dürften.
London gemel-
ndpunkt, daß die
österreichs ge-
nicht möglich sein
Nächsten im einzel-
reau hebt hervor,
die Entscheidung
te, daß von einer
e. Die Frage sei
nd überlassen, die
nisse festzustellen.
ie hält eine Neu-
die Erfahrung ge-
nis selbst für ein
zur Verwirklichung
zum Teil als
füllung der
chland zu ge-
übliche Zustände
brachten großen

ifizierung.
onferenz über die
ues im rheinisch-
kommissar Hue,
meinen Volkswert.
Vor einer will-
die Sozialisierung
durchführen. Man
dem Verbanne ab-
tungen der Betriebe
te begnügen. Vor
Arbeiter darüber
ohnenhöhung und
die Sozialisierung
der Arbeitslöhne
öhne hinarbeiten

ie.
er deutschen Re-
sregierung
des Waffenstill-
deutschen Handels-
änderung der ge-
reichen lassen. Die
abgeliefert
Ob diese indes
iben wird, hängt

Staat gleichzeitig,
Augenblick an, in
Im „Königreich
ligions, Armen-
nig, der förmlich
aus spielt in die-
B. Seim Essen
Monat, wer den
Bezüglich der Ehe
selbst im Son-
ch keine Ehe gibt,
ene Kinder, von
glückliche Stun-
wärts ist das Ge-
ich sehr erschwert,
mit schlimmster
Strafmittel ist
e. Nur Morelly
cheiden zu lassen

en das Bestreben,
er Staat, den sie
Nivellierung ja
haltorts. Deshalb
zeit dafür gefordert,
bung, Bekümm u.
Rolle, der fran-
saoaramber sogar
e Jugend einrich-
Parfüms zu den
beglückt. Für Ca-
e Notwendigkeit.
onage en Jearie“
enden, und seine
Sie haben in der
— natürlich
chiffe und Unter-
hre Straßen sind
ht. Fournier zwei-
keit dazu fähig-
ter groß werden,
ie Unpersönlichkeit,
as der Zukunftsa-

von den Bestimmungen des Verbandes ab, da dieser sich, wie
bekannt, auch hierüber alles vorbehalten hat.

Die Kommunistenrepublik Düsseldorf.

Düsseldorf, 28. Jan. (AB.) Seitens der Stadtver-
ordneten war bei der Verwaltung, welche aus Spartakusleuten,
die sich in ihrem Amt eigenmächtig eingerichtet haben, besteht,
der Antrag gestellt worden, eine Versammlung der Stadtver-
ordneten einzuberufen, da diese seit Mitte Dezember nicht mehr
getagt haben und sich die Notwendigkeit ergeben habe, den Etat
für 1919/20 fertig zu stellen. Die Einberufung der Sitzung
wurde von dem jetzigen sogenannten Oberbürgermeister
Schmidtgen mit dem Bemerkten abgelehnt, daß er für den un-
geordneten Verlauf der Sitzung nicht eintreten könne. Im übrigen
erkennt er die Verfügung der Berliner Regierung, wonach
die bisherigen Stadtvertretungen in ihrer Tätigkeit nicht be-
hindert werden sollten, überhaupt nicht an. Und Berlin ist
schonmächtig, dieser Kommunistenrepublik ein Ende zu be-
reiten!

Ein Notschrei aus Posen.

Vom deutschen Volktrat in Bissa geht der A. Btg. folgen-
der Notschrei der Deutschen Posen zu:

800.000 Deutsche der Provinz Posen schweben in der
größten Gefahr. Sie werden von den Polen hartbe-
drängt, ausgeplündert und schonungslos hingemordet.

Der Pole kennt gegenüber dem Deutschen keine menschlichen
Grundzüge. Grausame Handlungen, die alles Dagegenüber
überbieten, werden an den Deutschen begangen. Die deutschen
Güter und Bauernhöfe werden ausgeplündert, die deutschen Bür-
ger in den Städten ihres Eigentums beraubt. Deutsche Männer
werden in die Reihen der Polen zum Kampfe gegen Deutsche
gezwangsweise eingestellt, interniert oder ermordet. Sie müssen,
um dem zu entgehen, von Haus und Hof flüchten und Weib
und Kind in Not und Elend zurücklassen und sie der Willkür
der Unmenschen preisgeben. Abnussende Reisende werden auf
den Bahnhöfen von polnischen Banden angegriffen, niederge-
schossen und ihres Eigentums beraubt. Schlesien wird bereits
von den Polen besetzt. Polnische Banden stehen bereit, um in
die Provinz Posen und raubend einzufallen.

Deutsche Volksgenossen, deutsche Männer helft den
Deutschen in der Provinz Posen; helft sie aus den
Klauen des rohesten aller Völker befreien! Tretet ein in die
Freiwilligenkorps zum Schutze der Ostmark!
Meldet Euch bei den Meldestellen in Oels, Militsch, Breslau,
Bissa und Glogau!

Die hartbedrängten Deutschen der Provinz Posen.

Bern, 27. Jan. Der kölnische Berichterstatter des Daily
Telegraph schreibt, der Ausfall der Wahlen im
Rheinland beweise, daß die Trennungsgelüste er-
ledigt seien, falls es den Mehrheitsparlamenten gelinge, eine
leistungsfähige Regierung einzurichten. Die große Stimmen-
zahl, die diese im Rheinland auf sich vereinigen, sei zweifel-
los eine Rundgebung für die deutsche Einheit,
aber die große Zahl der Zentrumstimmen bedeute andererseits
die dringende Mahnung, daß Unversöhnlichkeiten, Empfindun-
gen und Interessen des Rheinlandes ihre Berücksichtigung ver-
langen.

Amsterdam, 27. Jan. Nach Meldungen aus Paris,
ordnet ein Erlaß des Kriegsministers an, daß deutsche Kriegs-
gefangene vorläufig nicht in dem wiederaufzubauenden Gebiet
festgesetzt werden sollen.

London, 25. Jan. Zu Mitgliedern des Ausschusses für
den Völkerbund sind berufen worden: Für die Vereinig-
ten Staaten Wilson und Oberst House, für Großbritannien
Lord Robert Cecil und General Smuts, für Frankreich Leon
Bourgeois und Larnaude, für Italien Orlando und Scialoja,
für Japan Bicomte Ginda und Oshini.

El. Genf, 26. Jan. Aus Paris wird berichtet: Nach
einer Habasmedlung richtet sich Wilsons Warnung an die
Völker vor Gewaltanwendung, um auf diesem Wege
zur Erfüllung ihrer nationalen Ansprüche zu gelangen, in der
Hauptache an die Polen, die nicht nur gegen die Bolschewiken,
sondern auch gegen die Deutschen kämpfen. Aber auch die
Tschechen und Südslawen warne er vor gewaltsamer Inbesitz-
nahme fremden Gebiets.

El. Haag, 26. Jan. Um die Arbeitslosigkeit in Ame-
rika nicht zu vermindern, hat die amerikanische Regierung be-
schlossen, daß kein Soldat auf seinen Wunsch aus dem
Heeresdienst entlassen werden kann, bevor er nicht eine Be-
schäftigung im bürgerlichen Leben erhalten hat.

Die britischen Streitkräfte.

NVZ London, 27. Jan. Mitteilung des englischen
Kriegsammtes. Die alte Freiwilligen-Armee wieder aufzubauen,
würde mindestens den größeren Teil des laufenden Jahres
in Anspruch nehmen, und bevor man mit einem größeren Be-
stand an Freiwilligen rechnen kann, ist es notwendig, daß die
Bewährung erhöht und daß eine große Zahl von Leuten, welche
jetzt dienen, in das bürgerliche Leben entlassen und in die Lage
versetzt werden, nach der Entlassung in freier Wahl über ihren
Wiedereintritt in die Berufsarmee zu entscheiden. So stehen
wir offenbar vor der Wahl zwischen den Dienst-
pflichtarmeen, welche den Krieg gewonnen haben, und
vergleichsweise kleinen Berufsarmeen von langer Dienstzeit,
die erforderlich sind für die Behauptung der Besitzungen des
britischen Reiches.

Die Entwürfe, die demnächst veröffentlicht werden sollen,
zielen darauf ab, für diesen Zwischenzeitraum Vorkehrungen zu
treffen. Sie wollen eine Sicherheit dafür schaffen, daß wir
auf jedem Kriegsschauplatz genügend Streit-
kräfte für das laufende Jahr haben, damit wir nicht
der Früchte unserer Siege beraubt werden und
damit die Deutschen und ihre Verbündeten gehalten werden,
gewissenhaft und pünktlich nicht nur die Bedingungen des Waf-
fenstillstandes, sondern auch die des Friedensvertrages nach
seinem Abschluß zu erfüllen. Ebenso werden wir dadurch
imstande sein, unsere Verpflichtungen gegenüber
unseren Verbündeten und gegenüber denen, die von
uns abhängen, zu erfüllen. Es muß deutlich erklärt werden,
daß, wenn auch Großbritannien sich vorbereitet, seinen Anteil
zu übernehmen, ihn nicht zugemutet werden kann,
mehr als seinen Anteil zu tun, und daß die Vereinig-

ten Staaten, Frankreich, Italien mit ihm vereinigt bei der
Aufrechterhaltung der gemeinsamen Interessen und der Sicher-
ung der gewonnenen Vorteile handeln werden. Die Aufgabe,
die vor uns liegt, ist daher die Bildung und Unter-
haltung von Besatzungsarmeen möglichen Um-
fanges im Vergleich zu denen, die wir jetzt haben, aber von
höchster Manneszucht und Leistungsfähigkeit,
die uns unsere Aufgabe erleichtern und die britischen Interes-
sen sichern sollen für den Zeitraum, der verstreichen muß,
bevor in normaler Friedenszeit eine Freiwilligenarmee geschaf-
fen werden kann. Schnelles Handeln ist daher geboten. Es
ist die Absicht der Regierung, daß die Bewährung der Be-
satzungsarmeen, die während des Jahres 1919 auf den
verschiedenen Kriegsschauplätzen aufrechterhalten werden müs-
sen, unverzüglich beträchtlich erhöht und daß Ur-
laubserleichterungen allen Mannschaften gewährt
werden sollen, die dazu ausgewählt sind, in ihnen zu dienen.
Der gesamte Rest unserer gegenwärtigen Armeen wird weiter-
hin so schnell wie möglich demobilisiert. Wenn das augen-
blicklich rasche Zeitmaß für sehr wenige Monate beibehalten
wird, werden Sie sehen, daß unser militärischer Stand auf
das unerläßliche Minimum herabgesetzt werden wird.

Aus dem Kreise Malmédy.

St. Vith, 1. Februar 1919.

* Bei der Wahl zur preussischen Landesver-
sammlung erhielten im Wahlbezirk St. Vith Stimmen:

Zentrum	837
Mehrheitssozialisten	76
Deutsche Demokratie	51
Deutsche Volkspartei	36

Zusammen 1000

Sechs Stimmen waren ungültig.

* Bei der Wahl zur preussischen Landesversammlung er-
hielten Stimmen im Kreise Malmédy in

Kastort	Runge	Krahwinkel	Moldenh.	Scherrer
Meyerode Me- del Herresbach	264	14	—	—
Büdingen-Berg	371	17	1	10
Manderfeld	613	1	—	6
Schönberg	253	7	—	—
Crombach	467	43	—	15
Sommersweiler	371	13	—	2
Bellesau	213	11	—	1
Vignemville	73	8	4	11
Blürensweiler	151	32	—	2
Geromont	206	14	—	1
Krofftraig	287	28	—	2
Villingen und Honsfeld	389	12	—	4
Willingen und Hünningen	363	12	—	—
Hocherath und Krafft	417	15	—	2
Wirsfeld	193	13	—	—
Ridrum	258	45	1	10
Ellenborn	350	25	—	—
Reymonsville	233	12	—	—
Weywerk	380	54	—	2
Burbrot	312	5	—	5
St. Vith	837	76	—	51
Malmédy	1440	773	1	85

* Das Bezirkskommando Monschau teilt uns mit: Der
Jahrgang 1899 einschl. der linksrheinischen Beheimateten
bleibt vorläufig im Heeresdienst.

** Abteile 2. Klasse fallen vom 1. Februar ds. Js. in
den Personenzügen verschiedener Strecken wegen Mangel an
Polsterwagen aus.

** Papiergeld und Barflechte. Im Hamburger
Vergleichlichen Verein zeigte nach einem Bericht der „Umschau“
Dr. Ritter Trichophthypilze, die Erreger der Barflechte, die
er aus Papiergeld gezüchtet hatte. Er hat 130 Papiercheine
untersucht und in 26 Fällen verdächtige Pilze gefunden. In
Anbetracht des Umstandes, daß das Papiergeld als Verbreiter
dieser Hautkrankheit Beihilfe leistet, wäre es angebracht, den
Scheinen in dieser Hinsicht größere Aufmerksamkeit
zugewenden. Insbesondere sollte man also stark mugi-
ge Scheine möglichst bald aus der Öffentlichkeit ent-
fernen und die Möglichkeit bieten, daß die Massen verschmutzte
Scheine gegen andere austauschen. Auch durch Belehrung
müßte das Publikum mehr auf die Gefahr des Papiergeldes als
Ueberträger von Infektionskrankheiten hingewiesen werden.
Während Gelbmaltgold Krankheitskeime ziemlich rasch ver-
nichtet, häufen sich diese auf dem Papiergeld immer mehr an.

npt. Kredithilfe auch für die Reichsbeamten.
Man schreibt uns: Die Verhandlungen zwischen dem Reichs-
schatzamt und der Verbandskasse der Spar- und Darlehnsverei-
ne, eine Anstalt des Verbandes Deutscher Beamtenvereine,
zwecks Ausdehnung der Kredithilfe auf die Reichsbeamten sind
nunmehr zum Abschluß gelangt. Die Kredithilfe wird den
Reichsbeamten nach denselben Grundsätzen gewährt wie den
preussischen Staatsbeamten und den Volksschullehrern. Auf
die Beamten des Heeres und der Marine erstreckt sich die Kre-
dithilfe nicht. Für die Heeresbeamten sollen vom Kriegsmini-
sterium und für die Marinebeamten vom Reichsmarineamt be-
sondere Kreditsicherungen geschaffen werden. Den Beamten
der Reichspost und Telegraphenverwaltung ist es überlassen,
ob sie ihr Kreditbedürfnis bei den halbamtlichen Post-Spar-
und Darlehnsvereinen oder bei der Verbandskasse der Spar-
und Darlehnsvereine befriedigen sollen. Inbezug auf den
Zinssatz, den die Darlehnsnehmer zu entrichten haben, ist in-
zwischen eine neue Vereinbarung zwischen den Behörden und
der Verbandskasse zustande gekommen. Der Zinssatz ist von
4 v. H. auf 3 v. H. herabgesetzt. Die Ermäßigung erstreckt
sich auch auf alle bereits ausbegebenen Darlehen.

npt. Aenderung der Lupinenbewirtschaftung.
Man schreibt uns: Durch die Reichsgetreideordnung für
die Ernte des Jahres 1918 sind zum erstenmal auch die Lupi-
nen, soweit sie nicht zum Zwecke der Grünbindung unterge-
pflügt werden, der Bewirtschaftung durch die Reichsgetreide-

stelle unterworfen worden. In den nächsten Tagen wird eine
Neuregelung dieser Frage bekannt gegeben werden. Danach be-
absichtigt die Reichsgetreidestelle, in Zukunft Lupinen nur dann
zu übernehmen, wenn es sich um reine, gesunde und trockene
Ware handelt, die zur Saat geeignet ist. Die Ware muß von
einem Saatzeugnis begleitet sein. Die Reichsgetreidestelle zahlt
für dieses Handelsgut den üblichen Saatgutzuschlag. An-
dere Lupinen sind seitens der Kommissionäre unmittelbar der
Reichsgetreidestelle abzuliefern. Von jeder Ablieferung
ist der Reichsgetreidestelle, Hülsenfruchtabteilung Mitteilung
zu machen.

Aus Rheinland und Westfalen.

Für den freien deutschen Rhein.

Köln, 29. Jan. In zwei Volksversammlungen, die heute
auf Einladung des Freiheitshundes für die deut-
schen Rheinlande unter gewaltigem Andrang der Köln-
er Bevölkerung im Großen Saale und im Börsensaale des
Gürzenichs stattfanden, wurde nach einer von Begeisterung
getragenen Ansprache des Staatssekretärs a. D. Geh. Justiz-
rats Trimborn, die von Vertretern der verschiedenen politischen
Parteien unterstrichen wurden, einstimmig folgende

Entscheidung

angenommen:
Tausende Rheinländer der Stadt Köln betunden ihren
festen und unabänderlichen Willen, am deut-
schen Vaterlande festzuhalten. Gemeinschaft-
liche Abstammung, gemeinschaftliches Kulturs- und Wirt-
schaftsleben verbinden das rheinische Volk unlösbar mit dem
gesamten deutschen Volke. Jeder Eingriff in diese Gemein-
schaft bedeutet die Vergewaltigung seiner Grund-
rechte, die völlige Vernichtung des abgetrennten Landes-
teiles, seiner Bevölkerung, seiner Kultur und seiner Wirt-
schaft. Wir Rheinländer lehnen daher jede auf Ab-
trennung des Rheinlandes oder des linken Rheinuferes
von Deutschland gerichtete Bestrebung mit aller Ent-
schiedenheit ab. Niemals werden wir uns mit
einer Staatsform, welche auf einer solchen Abtrennung be-
ruht, abfinden, und werden alle uns zu Gebote stehenden
Mittel ergreifen, um eine solche Vergewaltigung des uns
nach ewigem Naturgesetz zustehenden Rechts auf Selbstbe-
stimmung zu verhindern und uns selbst und unser Land
dem deutschen Vaterlande zu erhalten. Wir halten es für
unsere Pflicht, diesen festen und unabänderlichen Willen
mit dieser Entscheidung zu bekunden, und richten an Sie
das Ersuchen, unsere berechtigten Ansprüche zur Geltung
zu bringen.

† Köln, 25. Jan. Ein kleiner Hauptmann von Köpen-
nick ist der Arbeiter Jai. B. Zwei Treiber brachten eines Ta-
ges je ein Pferd der deutschen Militärverwaltung zu einem
Gebäude der Werkbundausstellung zwecks Einstellung. An-
der Agneskirche sprach B. sie an und stellte sich in bekannter
verschliffener Schneidigkeit als Leutnant Stein vor, der über
die in Köln befindlichen Pferde zu verfügen habe. Er werde
schnell in einer nahegelegenen Restauration an das Gouver-
nement telephonieren, wohin die Pferde linksrheinisch gebracht
werden sollten. Die beiden Pferdeführer ließen ihre Säule
auf der Straße stehen, und man ging selbster in das Lokal.
Kurzum, als die zwei treuen Edegarde wieder das Pflaster
betreten, fanden sie eine leere Stelle. B. hatte ihnen eine ge-
fälschte Urkunde vorgelegt, wofür die Strafkammer ihn zu 3
Monaten Gefängnis verurteilte.

† Jülich, 28. Jan. Aus der Ruhr wurde die Leiche
eines 49jährigen Mannes gezogen, der laut polizeilichen Fest-
stellungen ermordet worden ist. Die Mörder, drei nach hien
zugezogene Leute, sind verhaftet worden und haben bereits ein
Geständnis abgelegt. Sie haben mit dem Ermordeten eine
Anzahl Diebstähle ausgeführt und diesen dann, da er plaudern
wollte, unschädlich gemacht, indem sie ihn zunächst würgten
und dann in die Ruhr warfen.

† Jülich, 25. Jan. Wie der Stab der 46. Division
bekannt gibt, wurden in der Sitzung des Polizeigerichts vom
18. Januar eine Anzahl Personen aus M.-Glabbach, Rheinh.
Uf., wegen Fehlen des Reiseausweises mit 150 bis 300 Fr.
Strafe verurteilt. Wegen Fehlen eines Ausweises wurden
400 Fr., wegen Fälschung eines Ausweises 500 Fr., Strafe
verhängt. Eine Frau aus M.-Glabbach verfiel wegen Fehlen
des Reiseausweises und Fehlen eines Personalausweises in
600 Fr. Strafe.

† Koblenz, 25. Jan. Die amerikanische Militär-
behörde hielt in der Altstadt eine Razzia ab, die allerlei Le-
bensmittel zu Tage förderte. Da die Besitzer sich über deren
Herkunft nicht ausweisen konnten, wurden sie verhaftet.

† Koblenz, 27. Jan. Die hiesige Regierung hat laut
A. Btg., ihre Randverfügung an die Kreisschulinspektoren,
durch die sie die Beseitigung der geistlichen Ortschul-
inspektoren anordnete, zurückgezogen.

† Koblenz, 28. Jan. Die amerikanische Besatzungs-
behörde macht bekannt, daß das Auslegen in den Schaufenstern
und der Verkauf jeder Art von Schmuckgegenständen und An-
denken, die die amerikanischen Farben tragen, auf das strengste
verboten ist, und drohen für Zuwiderhandeln die schwersten
Gefängnisstrafen an. — Was geschieht mit jenen taktlosen
Verkäufern von Ehrenzeichen, die unsere heldenmütigen Krieger
mit ihrem Blut erkaufte haben und die jetzt zu einem wertlo-
sen Handelsartikel geworden sind?

† Düsseldorf, 28. Jan. Da in der letzten Zeit be-
trächtliche Mengen von Nahrungsmitteln und Genussmitteln aus
Düsseldorf ausgeführt worden sind, übt die Stadt an der
Rheinbrücke und an allen Zugangswegen eine scharfe Kontrolle
aus. Lebensmittelpakete, gleichviel, ob deren Inhalt zum per-
sönlichen Gebrauch oder zum Verkauf bestimmt ist, werden be-
schlagnahmt. Auch Oberlaster wird von dieser Maßregel be-
troffen.

† Düsseldorf, 25. Jan. Der Verein der Metzger hat
an den Kommandanten der belgischen Besatzungstruppen eine
Denkschrift über die durch die Sperrung der Milchzufuhr vom
linken Rheinufer geschaffene Notlage gerichtet. Unter Hinweis
auf die dadurch erhöhte Sterblichkeit unter den Säuglingen
wird um Freigabe einer Menge Milch gebeten, die es ermög-
licht, an Kinder bis zum zweiten Lebensjahr 1/2 Liter, bis
zum sechsten Lebensjahr 1/2 Liter, sowie Milch an Schwer-
kranke in geringen Mengen abzugeben.

